Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 1

Artikel: Weltpolitischer Überblick : das zweite Halbjahr 1971
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142014

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

er ihn. — Wir finden in China wirklich Ansätze zu einem neuen Menschen, der Maos Ziel ist, der die neue Gesellschaft der Gleichen, der Selbstlosen bilden wird. Eine Gesellschaft, die vor allem für die Dritte Welt als Modell dienen soll.
B. W.

MICHAEL TRABER: **Rassismus und weiße Vorherrschaft.** Imba Verlag Freiburg i. Ue. 1971. Fr. 6.80.

Auf achtzig Seiten werden wir in die Begriffsbestimmung und die Auswirkungen des Rassismus eingeführt, wobei auf die vielfachen Auseinandersetzungen im Ökumenischen Rat der Kirchen, in Uppsala und andernorts mit Zitaten oder Hinweisen Bezug genommen wird. Zu besonders wichtigen Feststellungen geben die Untersuchungen der Polarisierung nach der Hautfarbe Anlaß: die geistliche Polarisation mit der weitgehend religiösen Entstehung des Rassismus und seiner Sendungskomponente bis hinein in die Gegenwart; die standesmäßige Polarisation; einerseits die Weißen, die überzeugt sind, eine höhere Kultur zu besitzen und daher auch bessere Menschen zu sein, anderseits die geistig-kulturelle Identitätskrise des Afrikaners, der, durch sein Streben nach europäischer Zivilisation von seinem Volk losgelöst, geistig heimatlos ist; die klassenmäßige Polarisation, die mit der Versklavung und dem Sklavenhandel beginnt, das Hinterland entvölkert und mit dem Abzug der jungen Kräfte das Gleichgewicht zwischen den Stämmen stört und dem Nicht-Weißen die «knechtliche Arbeit» zuweist. Aus diesen Zuständen wird dann auch verständlich, daß heute der Afrikaner, dem es gelingt, durch Schulung eine «Stehkragen»-Arbeit zu verrichten, darin die Befreiung aus dem alten Sklaventum sieht. — Hierhin gehört auch die Zweiteilung der Welt in Rohstofflieferanten und Produzenten von Industriegütern. Die politische Polarisation, Herrscher-Untergebene, ist nicht nur der Ausdruck der Rassenunterschiede, sondern auch derjenige der Besitzenden und Nichtbesitzenden. Daß diese Beziehung auch in der UNO ausschlaggebend ist — trotz der Überzahl der kleinen Staaten der Dritten Welt — zeigt sich darin, daß die Resolution der Uno-Vollversammlung gegen die Beherrschung Südwestafrikas durch Südafrika 85 Stimmen erhielt, bei nur zwei Gegenstimmen, aber dreißig Enthaltungen. Da es sich bei den letzteren u. a. um USA, Großbritannien und die UdSSR handelte, bestand für die Verwirklichung der beschlossenen Maßnahmen keine Chance mehr. Nur durch strukturelle Wandlungen der gegenwärtigen Weltpolitik und durch eine Neuverteilung der Interessensphären im Welthandel kann der krasse Unterschied zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen behoben werden. — Abschließend wird der weiße Rassismus als etablierte Gewalt mit ihrer Verschärfung der unterdrückenden Gewalt, der Gegengewalt oder revolutionären Gewalt gegenübergestellt. Als einziges Mittel zur Bekämpfung der Gegengewalt kommt allein soziale Gerechtigkeit in Frage. B. W.

WELTPOLITISCHER ÜBERBLICK

Das zweite Halbjahr 1971

Die zweite Hälfte des Jahres 1971 brachte so viele wichtige und aufregende Ereignisse positiver wie negativer Art, daß es dem nicht-professionellen Beobachter, der ohne Hilfskräfte oder gar ein Institut auskommen muß, schwerfällt, die bedeutendsten zusammenfassend und zusammenhängend zu behandeln, zumal auf so beschränktem Raum. Andererseits

beginnt sich mit dem Eintritt der Volksrepublik China in die UNO ein neues weltpolitisches Grundmuster abzuzeichnen — das Mächtedreieck Washington—Moskau—Peking an Stelle der sich seit Jahren auflösenden Bipolarität und Konfrontation Washington—Moskau. Wie lange die neue Mächtekonstellation vorhalten wird, dürfte vermutlich von der inneren Entwicklung der USA abhängen.

Die ökologische Katastrophe

In der großen Menschheitsfrage — Kampf gegen die heraufziehende ökologische Katastrophe globalem Ausmaßes — ist auch im vergangenen halben Jahr kein Fortschritt zu verzeichnen. Trotz Deklamationen über die Notwendigkeit von Maßnahmen im sogenannten Umweltschutz und trotz weltweiten Protesten führten die USA ihren größen unterirdischen Atomtest auf den Aleuten durch — große Erdrisse auf der Insel störten nicht. Das größte permanente Verbrechen der USA gegen die Umwelt lief weiter — in Vietnam, nach Weihnachten wieder zu schweren Luftangriffen auch auf Nordvietnam ausgedehnt. Die USA demonstrierten wieder einmal die Symbolkraft ihres Staatswappens — ein Adler, der in der einen Klaue den Palmzweig, in der anderen einen Donnerblitz hält. In Europa geht der geplante Bau von Atomkraftwerken und riesigen Industrieanlagen entgegen allen örtlichen Protesten weiter, obwohl die Schäden für die unmittelbare Umwelt immer mehr auf der Hand liegen. Städte wie New York, Los Angeles, Tokio, München und Frankfurt am Main sind zu wahren Albträumen urbaner menschenfeindlicher Konglomerationen geworden. Die Bundesrepublik hat zwar ein vernünftig aussehendes Umweltschutzgesetz, aber im Ruhrgebiet wird bei Duisburg eine der wenigen großen Grünflächen in ein riesiges Chemiewerk umgewandelt, womit Duisburg, ohnehin schon eine der unwirtlichsten Städte der Bundesrepublik, endgültig zu einer Art Gaskammer wird, wie Bewohner protestierten. Der Kampf gegen die permanente Verschmutzung der Ostsee ist zu einem der wichtigsten ökologischen Probleme geworden, aber trotz neuer Ostpolitik will die Bundesrepublik der DDR die Teilnahme an der geplanten Ostseekonferenz in Stockholm verwehren, obwohl die DDR zu den stärksten industriellen Verschmutzern der Ostsee gehört*. Beispiele politischer Kleinkariertheit und Borniertheit, die einer rationalen Lösung im Wege stehen, ließen sich sogar für die Bundesrepublik noch zusätzlich anführen, vermutlich auch für andere Länder.

Aus der Fülle der bemerkenswerten politischen Ereignisse vom letzten halben Jahr ragen drei heraus, die langfristigen Einfluß auf die Weltpolitik haben werden: Die **Weltwährungskrise,** zugespitzt in den drastischen Maßnahmen Präsident Nixons vom 15. August, der **Eintritt**

---

*) Vgl. «Neue Wege», November 1971, Seite 380-381.

der Volksrepublik China in die UNO und der **dritte indisch-pakistanische Krieg.**

Die Weltwährungskrise

Der Schock vom 15. August 1971 ist nur der währungs- und handelspolitische Ausdruck für die schwere Krise der USA, von der an dieser Stelle schon öfters die Rede war («Neue Wege», z. B. Juli/Aug. 1971, S. 240). Die Inflation des Dollars, verursacht u. a. durch den Vietnamkrieg und ökonomisch-finanzielles Überengagement der USA in der «westlichen freien Welt» riß die übrigen Währungen des Westens mit sich und mündete in eine schwere Weltwährungskrise. Erstmals seit 1893, also seit Eintritt der USA in ihre offen imperialistische Phase, erzielten die USA ein Handelsdefizit. Das Abgehen von der Konvertibilität des Dollars als bisheriger Leitwährung der Weltwirtschaft und des Kapitalismus seit 1944, ferner die erste, vielleicht aber nicht letzte Abwertung des Dollars kurz vor Weihnachten signalisieren das bevorstehende Ende der amerikanischen de facto Fast-Weltherrschaft, sowie des Systems von Bretton Woods mit der Inthronisierung des Dollars als Leitwährung, das 1944 den weltpolitischen Aufstieg der USA währungspolitisch eingeleitet hatte. Die protektionistischen Maßnahmen, vor allem massive, wenn auch unter Druck der EWG nur vorübergehende Zollerhöhungen (unter Bruch des weltweiten GATT-Vertrags) und die «Stagflation» (Stagnierung und Inflation) bei massiver Arbeitslosigkeit weisen auf die ökonomischen und sozialen Aspekte der sich verschärfenden inneramerikanischen Krise hin. Hauptopfer der heraufziehenden Wirtschaftskrise sind wieder einmal die Afro-Amerikaner, da die notwendigen Sozialinvestitionen zur Sanierung von Städten und Lebensbedingungen der Afro-Amerikaner erst recht zurückgehen.

Innenpolitische Aspekte

Innenpolitisch hat sich Nixon offener denn je nach rechts gewandt, sodaß vom reformerischen Anlauf unter Kennedy nichts mehr übrigbleibt. Die jähe Wende gegenüber Peking soll zwar den Fortgang des Vietnamkriegs unter dem Schleier der «Vietnamisierung» zusätzlich diplomatisch absichern, nach Außen wie nach Innen, aber die Verschärfung und Wiederaufnahme des Luftkriegs gegen Laos bzw. Nordvietnam demonstriert nur den wahren Charakter der plötzlichen «Friedenspolitik» der USA. Im Innern kam es wiederum nicht zum befürchteten «Heißen Sommer», sodaß die Vermutung nahe liegt, diese Phase der inneren Auseinandersetzung sei vielleicht vorläufig abgeschlossen. Dafür geht die Repression gegen die militanten Organisierungsversuche der Afro-Amerikaner weiter, vor allem gegen die «Black Panthers», mit dem Ergebnis, daß die amerikanischen Gefängnisse heute Schauplatz der weiteren Politisierung und Radikalisierung der zahlreichen eingesperrten Afro-Amerikaner geworden sind, auf engstem Raum das Schlachtfeld der erbitterten Aus-

einandersetzung in den USA. Welche fürchterlichen Zustände hinter amerikanischen Gefängnismauern herrschen, vor allem für die bei weitem überproportional in den Gefängnissen und Zuchthäusern sitzenden Afro-Amerikaner, enthüllte unbarmherzig die **Explosion im Gefängnis von Attica** im September («siehe «Neue Wege», Dez. 1971, S. 361), als die Welt erlebte, mit welcher Brutalität der «liberale» Gouverneur Rockefeller den Verzweiflungsausbruch der Verdammten niederwerfen ließ.

Angela Davis

Noch einmal spitzt sich der gegenwärtige Konflikt, jetzt auf eine einzige Person, im beginnenden Prozeß gegen Angela Davis zu, deren Verhaftung und bevorstehender Prozeß ebenfalls mit den fürchterlichen Bedingungen hinter amerikanischen Zuchthausmauern zusammenhängt. Die hochintelligente Dozentin für Philosophie, die vor ihrer Verhaftung an einer Dissertation über Kant arbeitete, Studentin in Frankfurt und bei dem aus der Frankfurter Schule stammenden Herbert Marcuse, Aktivistin des Frankfurter SDS und Mitglied der amerikanischen KP, aus gutbürgerlichem Hause aus Birmingham, Alabama, einem Zentrum des amerikanischen Rassismus, stammend, verkörpert in ihrem stellvertretenden Leiden zugleich auch die gesamte Leidensgeschichte der Afro-Amerikaner auf amerikanischem Boden seit 1619, während ihre Ankläger, Richter (und vermutlich Hinrichter) das System des amerikanischen Rassismus, der Gewalt und der Brutalität seit der Errichtung der Sklaverei im 17. Jahrhundert auf dem Boden der späteren USA verkörpern.

Symbol des Rassismus

Das Ringen um Angela Davis gewinnt daher tiefe Symbolkraft auch für den weiteren Weg der USA: Ein Freispruch Angela Davis wäre ein erstes Symptom für eine doch noch vorhandene, wenn auch noch so minimale Chance für eine friedliche Lösung der amerikanischen Krise. Wird Angela Davis verurteilt, gar zum Tode, gar noch hingerichtet — nach den Gesetzen Kaliforniens, wo ihr Prozeß vorbereitet wird, in der Gaskammer —, so ist nach allen historischen Erfahrungen mit ähnlichen unmittelbaren Konsequenzen zu rechnen wie nach der Ermordung von Martin Luther King vor Ostern 1968. So halten die Richter und Geschworenen im Prozeß gegen Angela Davis, vielleicht ohne es selbst zu wissen, das weitere Schicksal der USA in ihren Händen. Nach allen historischen und politischen Voraussetzungen, besonders im Staat Kalifornien, der unter seinem rechtsradikalen Gouverneur Ronald Reagan insgesamt heute einer der reaktionärsten und besonders für Afro-Amerikaner repressivsten US-Bundesstaaten geworden ist, läßt sich der Ausgang des Prozesses absehen. Aber wenn eine Gesellschaft oder herrschende Klasse schier unaufhaltsam im Niedergang begriffen ist, wird sie in aller Regel von solcher Existenzangst gepeitscht, daß sie blind wird für die wenigen sich

doch noch bietendenChancen zu einem vernünftigen und friedlichen Überleben.

China in der UNO

Der rapide Verfall amerikanischer Macht und Autorität, angezeigt mit Vietnam, Sturz des Dollars, Attica und Angela Davis, setzte sich mit der eklatanten Niederlage der USA in der UNO über die Frage der Mitgliedschaft Volkschinas fort. Das Gewicht der nach der Kulturrevolution auf die politische Weltbühne zurückkehrenden Volksrepublik setzte sich angesichts der ökonomischen, finanziellen, politischen und moralischen Schwäche der USA endgültig ebenso durch wie die Logik des Universalitätsanspruchs der UNO. Die vorausgegangene Krise des Dollars zeigte vielen Ländern, daß sie sich nicht mehr widerspruchslos amerikanischem Druck beugen müssen. Alles raffinierte Taktieren der USA in der UNO versagte: Die Dämme brachen, und die amerikanische Niederlage steigerte sich zur weltweiten Demütigung, als viele Delegierte aus der Dritten Welt nach dem Abstimmungsergebnis wahre Freudentänze im Sitzungssaal der UNO aufführten. Die UNO hat endgültig aufgehört, einfach Instrument amerikanischer Außenpolitik im Kalten Krieg zu sein, wie sie es nach ihrer Gründung 1945 für rund zwei Jahrzehnte gewesen war.

China Stimmführer der Dritten Welt

Aber der Verlust des amerikanischen Übergewichts kam deswegen nicht automatisch der Sowjetunion zugute, sondern Volks-China hat gleichsam aus dem Stand sofort nach seinem Einzug in die UNO die Führung der Dritten Welt in der Weltorganisation an sich gerissen und nimmt somit schlagartig die Rolle eines Stimmführers der Dritten Welt ein, also der numerischen Mehrheit in der Welt. Das ist die große weltgeschichtliche Bedeutung des Eintritts Pekings in die UNO, mag einem die Position der Volksrepublik in den beiden großen Konflikten (Nahosten, Indien/Pakistan) persönlich, wie dem Berichterstatter, noch so unsympathisch sein.

Drohender Handelskrieg

Die amerikanischen Zollerhöhungen vom 15. August beschworen auf Monate die Gefahr eines Handelskrieges zwischen den USA und der EWG herauf, die längst noch nicht beseitigt ist, weil die USA noch in ihrem Niedergang möglichst ökonomische und finanzielle Vorteile herausschlagen wollen. Andererseits trafen die handelspolitischen Kampfmaßnahmen den neuen Industriegiganten Japan am stärksten, sodaß sich Japan vermutlich noch stärker auf die Eroberung der asiatischen Märkte werfen wird. Es zeichnet sich also das ab, was bisher im «freien» Westen stets nur als Ausgeburt kommunistischer Propaganda-Phantasie abgetan wurde:

Die Auflösung in Wirtschaftsblöcke,

der neuerliche Zerfall der kapitalistischen Welt in mit einander rivalisierende Wirtschaftsblöcke oder Wirtschaftsgruppen, so wie einst vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, mit politischen Konsequenzen, die wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen. Der endgültige Zerfall der EFTA und der heftige Andrang west- und nordeuropäischer Kandidaten für die EWG (England, Irland, Norwegen, Dänemark) könnten zwar die Position der EWG gegenüber den USA vorübergehend stärken, könnten aber gerade mit der Ausweitung der europäischen «Integration» die weltpolitische Desintegration des kapitalistischen Systems verschärfen. Ähnlich desintegrierende Wirkung könnte der weitere Aufstieg Japans in Konkurrenz zur weltpolitischen Rückkehr Chinas in Asien haben.

Indochinakrieg dauert an

In Asien hat der kurze Krieg zwischen Indien und Pakistan den fast halbvergessenen Krieg in Indochina zeitweise vollends in den Hintergrund gedrängt, sehr zu Unrecht. In Südvietnam, Laos und Kambodscha scheint nur noch der massive Einsatz der US-Luftwaffe die von den USA gestützten Regime am Leben zu halten, was also den Tod und die Verstümmelung von weiteren Zehntausenden von Menschen und die Vernichtung weiter Teile der Natur durch Bomben und Giftstoffe bedeutet.

Pakistan

Auf dem indischen Subkontinent entluden sich im Dezember die Spannungen zwischen Indien, die seit dem Massaker in Ostpakistan und der grausamen Zerschlagung der Autonomiebewegung in Bengalen durch die westpakistanische herrschende Klasse und der Flucht von rund zehn Millionen ostpakistanischen Flüchtlingen nach Indien ältere Rivalitäten und Ressentiments explosiv verstärkt hatten. Indien und Pakistan führten ihren kurzen, aber heftigen Krieg mit Waffen und diplomatischer Unterstützung sich überkreuzender Weltmächte: Indien hatte die Sowjetunion und England auf seiner Seite, Pakistan die USA (mit Pakistan durch den SEATO-Pakt formell verbündet) und die Volksrepublik China.

Die Verantwortung

Selten liegen bei Kriegen die Verantwortung für unmittelbaren Anlaß und tiefere Ursache so eindeutig auf beide Seiten verteilt wie hier: Gewiß hat Indien in den letzten Wochen den indisch-pakistanischen Krieg systematisch vorbereitet und offensichtlich bewußt ausgelöst, aber die mörderische Herrschaft der Westpakistani gegen ihre bengalischen «Brüder», die tatsächlich unerträgliche Belastung für das ökonomisch ohnehin überstrapazierte Indien durch zehn Millionen Flüchtlinge schufen erst die Voraussetzung für den indischen Schlag. Dazu konnte sich Indien tatsächlich als Helfer für eine bengalische Befreiungsbewegung betrach-

ten, die sich als Reaktion auf die verweigerte Autonomie im Rahmen Pakistans mit fremder Waffenhilfe nunmehr die Unabhängigkeit für den neuen Staat Bangla Desh erkämpfte. Die herrschende Klasse Westpakistans hat sich dieses Ergebnis nur selbst zuzuschreiben, da sie demokratische Konsequenzen aus der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie nach dem Sturz Feldmarschall Ajub Khans und dem überwältigenden Wahlsieg der Awami-Liga in Ostpakistan unter Scheich Mujibur Rahman durch eine Politik der Repression hintertrieben hatte, sodaß es innerhalb von einem Jahr zu einer ganzen Kette von Massakern in Ostpakistan kam: Massaker von Bengalis gegen Biharis (mohammedanische Flüchtlinge aus dem indischen Bundesstaat Bihar aus dem Jahr 1947, die sich nicht richtig in Bengalen integrieren konnten und daher die Politik der Zentralregierung in Westpakistan unterstützen) am 25. März 1971, noch viel schlimmeres Massaker der westpakistanischen Truppen gegen die Bengalis, der indisch-pakistanische Krieg selbst mit seinen zahlreichen (beabsichtigten und unbeabsichtigten) Luftangriffen und Artilleriebeschießungen auf die Zivilbevölkerung in beiden Ländern, schließlich das tagelange Wüten der Rache nach der Eroberung bzw. Befreiung von Bengalen, vor allem in der Hauptstadt Dacca, gegen Westpakistanis und ihre ostpakistanischen Helfer, vor allem Biharis.

Geburt Bangla Deshs

Der Zerfall Pakistans und die Geburt Bangla Deshs aus einem Meer von Blut und Tränen in einer ohnehin schier hoffnungslos verarmten Gesellschaft geht eindeutig auf die politische Fehlleistung der herrschenden Klasse in Westpakistan zurück, die glaubte, jahrhundertealte Traditionen imperialer Herrschaft einer kriegerischen Minderheit über eine ökonomisch, sozial und militärisch schwache Mehrheit auch im Zeitalter des demokratischen Prinzips mit Gewalt und Unterdrückung fortsetzen zu können.

Restpakistan ein Mittelstaat

Nach der militärischen Niederlage sieht sich Westpakistan seiner Einwohnerzahl nach nunmehr plötzlich auf den Rang eines größeren Mittelstaates (etwas größer als Polen) reduziert. Die üblichen politischen Konsequenzen aus solchen Niederlagen stellten sich diesmal überraschend schnell ein:

Die Schuld Bhuttos

Yahya Khan wurde gestürzt und durch den Führer der westpakistanischen Mehrheitspartei, den noch relativ jungen und ehrgeizigen Bhutto, als Staatspräsident ersetzt, obwohl Bhutto, soweit ein Außenstehender ohne nähere Spezialkenntnisse urteilen kann, gerade der Hauptanstifter der katastrophalen und mörderischen Politik gewesen war, das Zusammentreten des neugewählten Zentralparlaments für ganz Pakistan

Anfang 1971 zu hintertreiben, weil die ostkakistanische Awami-Liga die Mehrheit gehabt hätte. Nun hat Bhutto Yahya Khan als Sündenbock in die Wüste geschickt und versucht sich in einer Mischung von Lockung und Drohung gegenüber Bangla Desh: einerseits Bitte um Versöhnung gegenüber den Bengalis bis hin zur in Aussicht gestellten Freilassung von Mujibru Rahman als zukünftigem Staatschef von Bangla Desh, andererseits intransingentes Beharren auf dem Ziel der Rückgewinnung Bengalens zur Wiederherstellung Pakistans, was nur zu dem von Indiens Ministerpräsident Indira Gandhi für möglich gehaltenen weiteren Krieg zwischen Indien und Pakistan führen müßte.

Eine faire Lösung

Eine faire und auf Ausgleich bedachte Friedenslösung müßte die Existenz und Souveränität des neuen Staates Bangla Desh anerkennen, aber durch territoriale Kompensationen zwischen Indien und Pakistan ergänzen: Der indische Teil Bengalens würde sich, falls es in Übereinstimmung mit dem Willen aller Bengalis wäre, dem früher pakistanischen Teil (Bangla Desh) anschließen, während Indien das umstrittene Kaschmir, dessen Bevölkerung in der Mehrheit ohnehin mohammedanisch ist, Pakistan überläßt. Der Wille der Bevölkerung in Indisch-Bengalen wie in Kaschmir wäre durch international überwachte Volksabstimmungen festzustellen. Für Pakistan wäre der schwere (wenn auch selbstverschuldete Verlust des östlichen Landesteiles durch den Gewinn Kaschmirs wenigstens teilweise ausgeglichen, während das Entstehen einer indischen Hegemonie auf dem Subkontinent durch die Stärkung des neuen Staates Bangla Desh verhindert würde, da Indien seinerseits Territorium abzugeben hätte. Gleichzeitig würde eine solche Lösung demonstrieren, daß imperiale Traditionen, welcher Prägung auch immer, nicht mehr die Grenzziehungen bestimmen, sondern tatsächlich das Prinzip demokratischer Selbstbestimmung.

Imperiales Persien

Westlich von Westpakistan kam es im Oktober 1971 zur ebenso aufdringlichen und abstoßenden Demonstration des alten imperialen und monarchistischen Prinzips — im Iran mit der 2500-Jahresfeier in den Ruinen von Persepolis. Der (vielleicht letzte) Perser-Schah feierte im Triumph die Gründung des persischen Reichs durch Kyros vor 2500 Jahren mit einem geradezu schockierenden Aufwand, der im besonderen Kontrast zur durchschnittlichen Armut des Landes und der Unfreiheit seiner Bevölkerung stand. Es kommt häufig vor, daß niedergehende Systeme kurz vor ihrem Ende noch einmal alle Pracht aufwenden, um von dem bevorstehenden Ende mit dem Mut der Verzweiflung oder der Verblendung der Verzweifelten abzulenken. Vielleicht wird die Riesen-Schlemmer-Party von Persepolis zu einem der letzten Nägel im Sarg der

längst überständigen Monarchie im Iran, die sich mit so aufreizendem Prunk noch einmal selbst zur Schau stellte. Und die überdimensionierte, modern ausgespreizt gerüstete Armee wird auf die Dauer den Pfauenthron kaum retten können.

Armee hält Türkei

Noch weiter westlich, nun schon im offiziellen Bereich der NATO, verschärfte sich im letzten halben Jahr die innere Krise der Türkei weiter, von der schon im Bericht zuvor die Rede hätte sein können. Dort hält nur noch die — nicht minder überdimensionierte — Armee den generellen Ausbruch der gewaltigen Spannungen zurück, die sich seit ungefähr zwei Jahrzehnten aus der Diskrepanz zwischen rückständigen, konservativen Traditionen, fortschreitender Modernisierung und weitverbreiteter Armut angesammelt haben. Auch in der Türkei sind Studenten Hauptfaktoren in dem langfristigen Gärungsprozeß, aber schon spielen Gewerkschaften und die entstehende sozialistische Bewegung eine erhebliche Rolle. Weithin sichtbarer Ansatzpunkt für die linke Opposition in der Türkei ist die amerikanische Präsenz, die über die NATO aus außenpolitisch-ideologischen Motiven eine Armee so außerordentlich stark läßt, deren eigentliche raison d'être, nach dem weitgehenden Ausgleich mit der Sowjetunion und dem faktischen Arrangement mit Griechenland, im Grunde nur noch die Konservierung der gegenwärtigen Herrschaftsordnung ist.

Dank USA: Diktatur auch in Griechenland

Im benachbarten Griechenland, wo die Armee mit ihrem konterrevolutionären Putsch von 1967 bereits offen die gleiche Funktion ausübt wie diskret die Armee in der Türkei, konnte sich die Militärjunta mit ihrer Herrschaft auf absehbare Zeit gegen allen innergriechischen Widerstand derart konsolidieren, daß sie den Ausnahmezustand, bis auf Attica, aufheben und wieder einmal die Rückkehr zur Demokratie versprechen konnte. Die Entwicklung legt die Vermutung nahe, daß die Militärdiktatur von Innen her vorläufig nicht zu sprengen ist, es sei denn in einer Zeit allgemeiner Krise und Malaise, deren wahrscheinlicher Herd weiter westlich liegt — in den USA.

Präsidentenwahl in Italien

Italien produzierte wieder einmal — alle fünf Jahre — seine nun schon fast gewohnheitsmäßige Dauer-Staatskrise anläßlich der Neuwahl des Staatspräsidenten. Die Wahl des Christdemokraten Leone im 23. Wahlgang, nachdem die Democrazia Christiana zuvor konsequent und beharrlich die Wahlen durch Stimmenthaltung faktisch boykottierte, trug wegen solcher Begleitumstände sicherlich nicht zur Festigung der ohnehin nur noch fraglichen Demokratie in Italien bei, ebensowenig wie die sich in der Regel bald nach der Präsidentenwahl einstellende Regierungskrise.

Innerpolitische Spannungen in Jugoslawien

Eine Krise ganz anderer Art durchlebte, zugespitzt in den letzten Monaten, Jugoslawien. Obwohl es mit seiner sozialistischen und föderativen Verfassung ein Ideal zum Ausgleich innerer Spannungen sein könnte, die aus unterschiedlichen regionalen Interessen entstehen, haben siebenundzwanzig Jahre Sozialistische Föderative Republik unter Tito offenbar noch nicht ausgereicht, die historischen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten soweit auszugleichen, um das Entstehen existenzgefährdender Spannungen zu vermeiden. Der Außenstehende ohne größere Detailkenntnis wird sich immer in solchen Fällen vor Dramatisierungen hüten müssen, aber wenn Tito, anscheinend nach Überwindung des gefährlichsten Teils der Krise, davon öffentlich sprach, daß er kurz vor dem Entschluß stand, die Armee einzusetzen, um einer Intervention von außen vorzubeugen, so muß die Situation schon kritisch gewesen sein. Die traditionellen Unterschiede und Spannungen zwischen dem griechisch-orthodox geprägten Serbien, das sich (historisch zu Recht) als Keimzelle der südslawischen Föderation empfindet, daraus aber leicht (zu Unrecht) politische Hegemonialforderungen ableitet, und dem lateinisch-katholisch geprägten Kroatien wurden durch divergierende ökonomische Interessen neu virulent. Der Streit entzündete sich an der Verteilung der Deviseneinnahmen aus dem Tourismus, da sich das Touristenland Kroatien besonders benachteiligt fühlte. Nach Spannungen und Unruhen, deren Träger wieder einmal Studenten waren, kam es zu massiven Vorwürfen herüber und hinüber, zu Rücktritten in der Parteispitze Kroatiens, aber auch zu der von den kroatischen Oppositionellen gewünschten Neuverteilung der Deviseneinnahmen.

Relative Befriedung nördlich der Alpen

Im Vergleich selbst zu den verschiedenen Krisenherden in Europa scheint der Betrachter nördlich der Alpen in eine Zone relativer Befriedung einzutreten. Der deutschsprachige Raum weist trotz, vielleich sogar wegen seiner staatlichen Zersplitterung in vier Staaten unterschiedlicher Prägung und Traditionen — (deutschsprachige) Schweiz, Österreich, BRD und DDR — gegenwärtig eine erstaunliche Stabilität nach Innen und insgesamt eine Friedlichkeit nach Außen auf, allen Reibungen zwischen BRD und DDR zum Trotz. Äußere Anerkennung fand die neue Situation in der Verleihung des Friedensnobelpreises an den bundesdeutschen Kanzler Willy Brandt für seine neue Ostpolitik und die Wahl des österreichischen UNO-Botschafters Kurt Waldheim zum neuen UNO-Generalsekretär kurz vor Weihnachten.

Einparteienregierung in Österreich

Der knappe, aber sichere Wahlerfolg der SPÖ unter Bruno Kreisky verbreiterte das innenpolitische Fundament für die gemäßigt-sozialistische

Einparteienregierung im neutralen Österreich, sodaß die innenpolitische Struktur der beiden Bundesrepubliken Österreich und Deutschland eine frappierende Ähnlichkeit aufweist. In der DDR hat der Rücktritt Ulbrichts vom Amt des SED-Chefs den Prozeß des Ausgleichs zwischen BRD und DDR weiter beschleunigt, wie er sich in den Berlin-Abmachungen der vier Botschafter in Deutschland und den sich anschließenden innerdeutschen Ausführungsbestimmungen niedergeschlagen hat.

Die Ostverträge in der BRD

Damit ist der Weg für die Ratifizierung der Ostverträge in der Bundesrepublik frei geworden, und aller verbalen Akrobatie zum Trotz wird es die CDU/CSU nicht wagen können, die Verträge im Parlament scheitern zu lassen. Mit der Ratifizierung der Ostverträge aber wird auch von der Bundesrepublik der Weg frei für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz, die auf der Grundlage des territorialen Status quo, Europa endgültig zu einer Zone des Friedens und des Wohlstands machen könnte, mit positiven Rückstrahlungen vor allem auf die Dritte Welt.

Europäische Sicherheitskonferenz

Die bisherige innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik scheint auf mehr Stabilität hinzuweisen, denn die sozalliberale Koalition setzte nicht nur ihren Hochseilakt der knappen Mehrheit fort, sondern erfreut sich trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten (Andauern des überhöhten Preisanstiegs) einer bemerkenswerten Popularität bei der Bevölkerung, während die CDU/CSU unter ihrem neuen Kanzlerkandidaten Rainer Barzel nur mühsam eine realistische Einstellung zur noch immer ungewohnten Oppositionsrolle findet.

Trotzdem ist die Situation in der Bundesrepublik keineswegs so einfach, wie die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt, Berlin-Abkommen und die für die Regierungsparteien positiven Umfrageergebnisse oberflächlich nahelegen. Im Gegenteil: Hinter der Fassade einer erfreulichen und insgesamt erfolgreichen Ostpolitik verschärfen sich, für den Außenstehenden bisher nur wenig sichtbar, innere Widersprüche, Spannungen und Konflikte. Mitten in einer an sich für sie positiven Entwicklung ist die SPD dabei, den größeren Freiraum an «mehr Demokratie», den sie mühsam der Rechten seit 1969 abgewonnen hat, auf rechte Pressionen wieder nach links einzuengen.

Neuerdings Druck auf die Linke

Anstatt entschlossen auf die fortschreitende Verjüngung und Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft von unten zu setzen, haben es Parteiführung und Bundesregierung zugelassen, daß im letzten halben Jahr der Freiraum für Intellektuelle und kritische Elemente geradezu bestürzend schnell eingeengt wurde: In Hamburg, München und im Ruhr-

gebiet verschärfte die jeweilige Parteirechte den Streit mit den Jungsozialisten bis hin zu Ausschlußanträgen des Hamburger Landesvorstandes gegen den Vorsitzenden und Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten.

Konservative SPD-Führung

Die konservative SP-Führung übernahm auch die Initiative zu einem Senatsausschuß gegen kommunistische Lehramtsbewerber, der geradezu einen Rückfall in die Periode des Kalten Krieges und des McCarthyismus bedeutet, freudig applaudiert von der CDU/CSU und der Springerpresse. Die Verbitterung unter jungen Intellektuellen innerhalb wie außerhalb der Universitäten und Schulen, innerhalb wie außerhalb der SPD über diese Maßnahme neuer Kommunistenhatz ist ganz außerordentlich. In den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ließ die SPD eine massive Personalpolitik der CDU/CSU zu, bis hin zur Neutralisierung und Verdrängung von unbequemen Redaktoren durch konservative Intendanten. Der Druck auf linke Journalisten griff auf die Presse über, sowohl eher konservative Provinzzeitungen als auch bisher liberale, linke Organe: Der Konflikt in der «Spiegel»-Redaktion, der mit der Entlassung von drei linken, unbequemen, gewerkschaftlich organisierten Redaktoren endete, ließ sich noch als Verkettung von Mißverständnissen und Ungeschicklichkeiten abtun. Aber die willkürliche Entlassung des Münchner Korrespondenten der «Frankfurter Rundschau», Eckart Spoo, durch den Verleger, Herausgeber und Chefredaktor der «Frankfurter Rundschau» Karl Gerold, weil oder obwohl Spoo Vorsitzender der in der IG Druck organisierten Deutschen Journalisten-Union ist, die gleichzeitige Entlassung von DJU-Aktivisten aus anderen Zeitungen, die autoritäre, selbstherrliche und beleidigte Reaktion von Gerold auf den Protest gegen die Entlassung Spoos, die faktische Verschwörung des Schweigens in der deutschen Presse, selbst im «Spiegel», über den Fall Spoo bzw. Karl Gerold signalisiere, daß möglicherweise mit der «Frankfurter Rundschau» die demokratische Linke eine ihrer wenigen Chancen zur Artikulation verliert. Die Folgen wären absehbar — Enttäuschung, Verbitterung, die in Krisenzeiten sehr wohl in eine echte revolutionäre Stimmung einmünden könnte.

Parallel dazu ist die hochschulpolitische Reaktion zur Gegenoffensive gegen die Reformbewegung an den Universitäten und Hochschulen übergegangen. Obwohl der glänzende Wahlsieg der SPD in Bremen bewies, daß sich eine konsequent progressive Hochschulpolitik auszahlt, weicht die SPD auch in ihrer Hochschulpolitik auf Bundesebene wie in manchen Ländern zurück: In Niedersachsen wurde der geplante Aufbau von neuen Universitäten in Oldenburg und Osnabrück unterbrochen. In Hamburg denunziert die CDU, unterstützt von konservativ-reaktionären Professoren, die Reform-Universität als kommunistisch unterwandert

und gefährdet, um in der Diskussion um die Mitbestimmung von Assistenten und Studenten der Reformpartei das Argument aus der Hand zu schlagen, Reform-Universitäten funktionierten, wie das Beispiel Hamburg beweist. Sollte sich diese Linie durchsetzen, so würden die reformfeindlichen Kräfte nur endgültig die Reformunfähigkeit der Bundesrepublik beweisen, was in unserem revolutionären Zeitalter auf die Dauer sicher nur revolutionäre Konsequenzen haben könnte.

Imanuel Geiß

Arthur Villard in die Militärkommission!

Hoffentlich lassen sich die Sozialdemokraten nicht vorschreiben, wen sie in der Militärkommission sehen wollen. Ein integrer Sozialist, der zielbewußt für einen Zivildienst arbeitet, hätte schon lange in diese Kommission gehört. Wer hat das Recht, seine Loyalität anzuzweifeln? Wer stellte 1940-45 die Verräter? Die Linke oder die äußerste Rechte? Red.

An unsere Abonnenten im In- und Ausland

Wir bitten Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1972 (jährlich Fr. 30.—, halbjährlich Fr. 15.—, vierteljährlich Fr. 7.50). Der Inlandauflage liegt ein Einzahlungsschein bei.
Für bereits bezahlte Abonnementsbeiträge 1972 herzlichen Dank!